

Modernes Konzept: Die Haftanstalt soll sicherheitstechnisch auf den letzten Stand gebracht werden. Allein der Störsender gegen die unerlaubten Telefongespräche schlägt mit 2,1 Millionen Euro zu Buche. (FOTO: SERGE WALDBILLIG)

Modernisierung der Haftanstalt in Schrassig

16 Millionen Euro für mehr Sicherheit

Staatsrat moniert Art der Auftragsvergabe

VON DANI SCHUMACHER

In seinem rezenten Gutachten spricht sich der Staatsrat grundsätzlich für die Modernisierung der Sicherheitsvorkehrungen in der Haftanstalt in Schrassig aus. Allerdings beanstandet die Hohe Körperschaft die Art und Weise, wie die Aufträge vergeben werden sollen.

Spätestens nach der Flucht von Nuka Kujtim im Februar dieses Jahres war die Diskussion um die Sicherheitsvorkehrungen in der Haftanstalt in Schrassig wieder voll entbrannt. Justizminister Frieden hatte sich in der Folge für strengere Maßnahmen ausgesprochen. Nachdem das entsprechende Gesetzesprojekt am 4. Oktober den Ministerrat passiert hatte, hinterlegte Bautenminister Claude Wiseler den Gesetzentwurf am 6. Dezember in der Abgeordnetenversammlung. Nun liegt das Gutachten des Staatsrats vor.

Die Haftanstalt in Schrassig nahm 1984 den Betrieb auf, basiert aber auf einem Konzept aus den 70er-Jahren. 1992 und 1997 hatte das Parlament dann jeweils einen Ausbau beschlossen. Ursprünglich für 300 Häftlinge geplant, stieg die Zahl der Inhaftierten auf heute über 600.

Netze gegen Hubschrauber und Störsender

Die Modernisierung der Sicherheitsmaßnahmen fußt auf den Empfehlungen eines Schweizer Experten, der bereits 2002 hinzugezogen worden war. Insgesamt sind sieben konkrete Maßnahmen

geplant, um das Sicherheitskonzept in Schrassig auf den neuesten Stand der Technik zu bringen. Der Kostenpunkt beträgt 16 Millionen Euro.

Zum einen soll die aktuelle Video-Überwachung auf dem 14 Hektar großen Gefängnisgelände modernisiert werden. Dann soll die Sicherheitsschleuse im Eingangsbereich verstärkt werden, um ein mögliches Durchbrechen durch ein Fahrzeug zu verhindern. Außerdem wird der Sicherheitszaun ausgebaut. Die Trasse wird so verändert, dass die Dienstwohnungen künftig außerhalb des Zauns liegen. Der Zaun, der auf einem Betonsockel verankert wird, wird eine Höhe von fünf Metern haben, die Länge beträgt etwa 1550 Meter. Da der Sicherheitszaun verlegt wird, muss ein neuer Zugangsweg zu den Dienstwohnungen gebaut werden. Sicherheitsnetze über drei der Gefängnishöfe sollen verhindern, dass es zu Ausbruchversuchen mittels Hubschrauber kommt. Für erheblichen Gesprächsstoff hatten immer wieder die unerlaubten Gespräche über Mobiltelefone gesorgt. Deshalb will man nun endlich einen Störsender installieren, der die Gespräche wirkungsvoll verhindert. Immerhin schlägt das System mit 2,136 Millionen Euro zu Buche. Die in der Vergangenheit getesteten Systeme hatte nicht zufriedenstellend funktioniert. Darüber hinaus sind noch mehrere punktuelle Maßnahmen geplant.

Insgesamt zeigt sich der Staatsrat in seinem Gutachten mit der Modernisierung der Sicherheitsvorkehrungen einverstanden.

Allerdings sieht die Hohe Körperschaft Handlungsbedarf, was die Vergabe der Aufträge anbelangt. Denn die Aufträge für die Überwachungsanlage, für die Sicherheitsnetze über den Gefängnishöfen und für den Störsender sollen nicht wie allgemein üblich öffentlich ausgeschrieben werden. Vielmehr soll die Vergabe dieser Aufträge über einen „marché négocié“ geregelt werden. Zum einen gebe es in Europa nur eine sehr begrenzte Anzahl von Firmen, die solche spezifische Aufträge durchführen könnten, heißt es in der Begründung zum Gesetzentwurf. Zum anderen machen die Autoren des Gesetzestextes Sicherheitsbedenken geltend.

Sicherheitsbedenken klar definieren

Und genau hier meldet nun der Staatsrat Bedenken an. Zwar sehe das Gesetz vom 30. Juni 2003 die Möglichkeit der eingeschränkten Auftragsvergabe vor. Im Gesetzestext selbst werde aber nicht auf das Sicherheitsrisiko in Folge einer öffentlichen Ausschreibung hingewiesen. Deshalb schlägt die Hohe Körperschaft vor, den ersten Artikel des Gesetzentwurfs abzuändern und klar festzuhalten, dass die drei Posten aus Sicherheitsbedenken über den Weg des „marché négocié“ vergeben werden.

Außerdem möchte der Staatsrat am Titel „Centre pénitentiaire de Schrassig“ festhalten, so wie dies in den vorangegangenen Gesetzen der Fall war. Im vorliegenden Gesetzesprojekt wird der Anstaltstitel mit „Centre pénitentiaire de Luxembourg“ angegeben.

wegen und Island. Noch w
ger für Luxemburger Reis
Bis Ende 2008 soll sogar
Schweiz hinzukommen. L
burg kann stolz darauf se
dass das europäische Erf
modell für Reisefreiheit n
dem kleinen Moselort get
wurde. Als der Schengen
trag im Juni 1985 im Dreie
eck Frankreich, Deutschla
Luxemburg unterzeichnet
de, konnte noch niemand
das Schengen, neben
nemark und dem Euro
zu den europäischen Ide
tionsmerkmalen gehö
Sicherheitspolitische Bed
gab es bei jeder Schenge
weiterung. Sie erwiesen
stets als unbegründet. In
genteil, die computerges
Ausgleichsmaßnahmen fi
eher zu einer engeren Zu
menarbeit der Fahnder b
Bekämpfung der internat
Kriminalität. Wenn nicht
täuscht, wird das auch d
so sein. 400 Millionen Eu
sollten das neue Gemein
erlebnis genießen.

Themenwechsel. Weinha
chen Zucker streuten die
minister noch rechtzeitig
den Gabentisch der Winz

Wissen

Wirtschaft
Kultur
Natur
Kino
Gesundheit

NAMEN und NACH